

Stellungnahme des Vereins Romano Centro zum Thema „Diskriminierung von Roma durch die BürgermeisterInnen der Vorarlberger Städte“

Die von unserer Organisation Romano Centro geäußerte Kritik an Erklärungen und Maßnahmen der Vorarlberger Städte hatte seitens der BürgermeisterInnen dieser Städte eine Reaktion zur Folge¹, die wir nicht unkommentiert lassen möchten.

Unsere Kritik bezieht sich im Wesentlichen auf die Erklärung der BürgermeisterInnen der Vorarlberger Städte mit dem Titel „Keine Zeltlager in den Städten. Bürgermeister der Vorarlberger Städte werden keine weiteren Zeltlager der Roma-Familien mehr dulden²“ und auf Texte, die auf der Homepage der Stadt Dornbirn veröffentlicht wurden.

In der Reaktion wird uns vorgeworfen, dass wir die Vorgehensweise der Vorarlberger Städte kritisierten, ohne Kontakt zu den Städten oder zu Hilfsorganisationen in Vorarlberg aufgenommen zu haben. Dazu ist zu sagen, dass sich unsere Kritik vor allem auf die öffentlichen Aussagen der Politik beziehen. Den Kontakt zu etlichen involvierten Hilfsorganisationen und unterstützenden Einzelpersonen pflegen wir seit vielen Wochen.

Erwähnung Vorarlbergs im Antiziganismusbericht³

Vorarlberg wird im Antiziganismusbericht an einer Stelle erwähnt: Es geht dabei um antiziganistische Aussagen und diskriminierende Maßnahmen gegen armutsbetroffene Familien aus Rumänien. Der Bericht kritisiert diese Aussagen und nennt dazu die Drohung mit dem Entzug der Kinder, ausgesprochen vom Landeshauptmann, die ständige Bezeichnung der Familien als „Clans“, die sich nicht rechtmäßig in Vorarlberg aufhalten würden sowie die anlassbezogene Verschärfung von Gesetzen und Verordnungen. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass es in zeitlicher Nähe zu solchen Debatten leider immer wieder zu tätlichen Übergriffen kommt und es wird in diesem Zusammenhang ein entsprechender Vorfall in Dornbirn am 11.11.2015 genannt.

Kritik an der Erklärung der der BürgermeisterInnen bei der Pressekonferenz am 26.11.2015

Bei unserer Pressekonferenz zur Präsentation des Antiziganismus-Berichts am 26. November ging es unter anderem um die Aussendung der fünf Vorarlberger Städte vom 4. November 2015.

Wir haben den Text ausgewählt, um das Phänomen des Antiziganismus zu erklären, weil er in exemplarischer Form alle wesentlichen antiziganistischen Stereotype (das sind Nomadismus, Arbeitsunwilligkeit und Integrationsunfähigkeit) enthält. Ein Hauptproblem der „Erklärung“ – und der Diskussion des Themas in Vorarlberg überhaupt - stellt die permanente Betonung der Ethnizität dar, für die es keinen objektiven Grund gibt. Die Familien leben so, weil sie sehr arm und ausgegrenzt sind und keine besseren Möglichkeiten sehen, nicht weil es Teil ihrer kulturellen Tradition wäre, in Slums oder in Zeltlagern zu leben. Durch diese Betonung kommt es zu einer extrem einseitigen Darstellung von Roma und Romnja. LeserInnen müssen zu der Einschätzung kommen, dass diese Menschen so leben, weil sie Roma sind und dass alle Roma so leben (wollen).

¹ Keine Diskriminierung von Roma <https://www.dornbirn.at/im-rathaus/aktuell/detailansicht/news/detail/News/keine-diskriminierung-von-roma>, abgerufen am 27.11.2015

² Im Folgenden „Erklärung der Vorarlberger Städte vom 4.11.2015“ genannt

³ Antiziganismus in Österreich, Falldokumentation 2013-2015, Informationeen für Betroffene und ZeugInnen, hg. vom Romano Centro, Wien, 2015

Damit zusammenhängend und höchst problematisch ist auch, dass die Begriffe „Roma“ und „BettlerInnen“ in der öffentlichen Debatte wie Synonyme verwendet werden. Roma sind eine von sechs anerkannten Österreichischen Volksgruppen, in Österreich leben vorsichtigen Schätzungen zufolge zwischen 25.000 und 40.000 Roma/Romnja und Sinti/Sintize. Wir gehen davon aus, dass auch in Vorarlberg viele Roma leben, neben Angehörigen der autochthonen Roma und Sinti vor allem Menschen, die im Zuge der Arbeitsmigration seit den 1960er Jahren aus dem damaligen Jugoslawien eingewandert sind. Sie leben und arbeiten seit Jahrzehnten in Vorarlberg. Die allermeisten (>99 %) Roma und Sinti, die in Österreich leben, haben noch nie gebettelt, sie leben weder in Zeltlagern noch in Wohnwagen. Sie haben ganz übliche Berufe, besuchen Schulen und Universitäten, auch wenn sie in vielen Bereichen noch immer benachteiligt sind. Alle diese Personen werden durch die Art, wie in dieser Diskussion über Roma gesprochen und geschrieben wird, diffamiert und beleidigt.

„Die Roma-Familien haben in ihrer Heimat einen Wohnsitz und reisen derzeit – als EU-Bürger – als Touristen durch Europa.“⁴

Migration hat viele unterschiedliche Formen. Auch wenn wir es Tourismus nennen, ändert es nichts daran, dass diese Menschen nicht gekommen sind, um in Vorarlberg Urlaub zu machen, sondern weil sie sich außerhalb Rumäniens bessere Lebensbedingungen und höhere Chancen auf Arbeit erwarten. Auch andere MigrantInnen pendeln zwischen ihren Herkunftsländern und den Ländern, in denen sie ihrem Erwerb nachgehen, SaisonarbeiterInnen ebenso wie 24-Stunden-Pflegerinnen. Es gibt keinen Grund, die Migration von Roma-Familien aus Rumänien in andere Länder zu skandalisieren. Sie sind nicht nach Österreich gekommen, weil sie Nomaden sind oder ihnen das Reisen im Blut liegt.

„Sie kommen aus einem armen EU-Staat und verdienen durch das Betteln mehr, als sie bei einer geregelten Arbeit in Rumänien verdienen würden.“⁵

Hier wird so getan, als könnten sich die Familien (die Eltern) zwischen einer geregelten Arbeit in Rumänien und dem Betteln in Vorarlberg entscheiden. Dem ist nicht so:

Leider ist es für viele RumänInnen – Roma wie Nicht-Roma - unmöglich, in Rumänien eine „geregelte Arbeit“ zu finden. Laut einer Umfrage der EU-Grundrechtagentur FRA aus 2011 gaben von den befragten Roma nur 9 % an, in einer Vollzeitanzstellung zu sein, von den Nicht-Roma, die in der Umgebung von Roma lebten, waren es 30 %⁶. Dies zeigt einerseits, dass die Erwerbssituation für Roma wie für Nicht-Roma äußerst schwierig ist, andererseits auch die Benachteiligung von Roma am rumänischen Arbeitsmarkt. Rumänien ist seit der Wende und verstärkt seit dem EU-Beitritt 2007 massiv von Abwanderung in den Westen betroffen.

Der gesetzliche Mindestlohn in Rumänien beträgt 1050 RON⁷, das sind umgerechnet ca. 235 € pro Monat. Wir können nicht überprüfen, was durch Betteln in Vorarlberg verdient wird, Vergleichswerte, ermittelt durch mehrere Studien in verschiedenen Städten sprechen von ca. 10 € pro Tag, die im Durchschnitt durch Betteln erzielt werden können⁸. Die Einkommen wären also in etwa vergleichbar, bei niedrigeren Lebenshaltungskosten in Rumänien, allerdings nur unter der

⁴ Erklärung der Vorarlberger Städte vom 4.11.2015

⁵ Erklärung der Vorarlberger Städte vom 4.11.2015

⁶ European Union Agency for Fundamental Rights; Results from the 2011 Roma survey; Romania. <http://fra.europa.eu/en/publications-and-resources/data-and-maps/survey-data-explorer-results-2011-roma-survey>

⁷ <http://roconnect.eu/infos-rumanien/lohne-gehalter/>, abgerufen am 24.11.2015

⁸ Medienservicestelle: <http://medienservicestelle.at/migration/bewegt/2014/12/10/betteln-in-oesterreich-eine-notstrategie/> abgerufen am 27.11.2015

unwahrscheinlichen Voraussetzung eines fixen Arbeitsplatzes, bei dem wenigstens der Mindestlohn bezahlt wird.

„...werden sie hier bleiben und sich am Aufbau in Rumänien nicht beteiligen⁹“

Dieser Vorwurf ist perfide. Aus dem wirtschaftlich gut gestellten Vorarlberg heraus Menschen Vorwürfe zu machen, die ihre Existenz im Ausland suchen müssen, ist zynisch. Interessant ist auch, dass der Vorwurf gerade in Bezug auf arme, schlecht ausgebildete MigrantInnen erhoben wird. Was ist mit gut qualifizierten Personen, die wir gerne in unseren Arbeitsmarkt integrieren (z.B. rumänische ÄrztInnen oder PflegerInnen): Fehlen die beim Aufbau Rumäniens nicht?

„Die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten haben gezeigt, dass sich diese in vielen Fällen weder an Gesetze noch an die Regeln des Zusammenlebens unserer Gesellschaft halten.¹⁰“

Die Einhaltung von Gesetzen kann selbstverständlich verlangt werden. Gesetze und Verordnungen (Campierverordnung und Bettelverbot) wurden erst im Laufe der Auseinandersetzung verändert. Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass es den Menschen auch möglich sein muss, sich an Gesetze zu halten. Für jemanden, der eine Wohnung hat, ist das Campierverbot kein Problem, für Obdachlose, die kein anderes Angebot haben, kann es unmöglich sein, sich daran zu halten. Da wir in ständigem Kontakt mit Hilfseinrichtungen in Vorarlberg sind, haben wir auch einen guten Einblick in die praktische Umsetzung der Bettelverbote, der deutlich zeigt, dass bettelnde Menschen in Vorarlberg bestraft werden, egal wie sie betteln und dass es für bettelnde Menschen in Vorarlberg daher keine Rechtssicherheit gibt: Auch hier haben sie gar nicht die Möglichkeit, sich an geltende Gesetze zu halten, da die geltenden Gesetze von der Polizei willkürlich angewendet werden. Dies wurde bereits im September von der damaligen Vorarlberger Volksanwältin Gabriele Strele kritisiert¹¹.

Sehr unfair finden wir auch den Versuch, die BettlerInnen als LügnerInnen darzustellen: In ihrer Erklärung schreiben die BürgermeisterInnen, dass einige der Familien angegeben hätten, ihre Häuser in Rumänien seien bei Hochwasserereignissen zerstört worden und behaupten dann, mit Verweis auf die Österreichische Botschaft in Bukarest, dass es in den genannten Gegenden kein Hochwasser gegeben habe. Unsere kurze Recherche im Internet bringt einige Hochwasserereignisse in den genannten Gegenden in den Jahren zwischen 2011 und 2015 zu Tage (in Sibiu 2011¹², in der Region Prahova, die zwischen Brasov und Ploiesti liegt, 2014¹³). Wir können damit nicht beweisen, dass Menschen, die nun in Vorarlberg leben, direkt davon betroffen waren, aber die Aussage in der Erklärung der BürgermeisterInnen, dass es in all den genannten Städten in den letzten Jahren keinerlei Hochwasserereignisse gegeben hat, ist jedenfalls unwahr.

„Zu verurteilen ist, dass die Roma-Familien Kinder und Säuglinge in Zelten wohnen lassen¹⁴“

Mit diesem Satz wird den Familien die Schuld an ihrer Situation selbst gegeben, er suggeriert, dass die Eltern diese Situation absichtlich herbeigeführt hätten. Wo sonst sollen die Eltern ihre Kinder wohnen lassen, wenn nicht dort, wo sie selbst auch wohnen? Hinter diesem Vorwurf steckt die antiziganistische Vorstellung, dass Roma ihre Kinder zum Geldverdienen missbrauchen würden. Der

⁹ Roma-Familien – Land gefordert, Website der Stadt Dornbirn <https://www.dornbirn.at>, abgerufen am 24.11.2015

¹⁰ Erklärung der Vorarlberger Städte vom 4.11.2015

¹¹ Vgl. Beiträge in den Vorarlberger Nachrichten vom 3.9.2015 sowie vom 17.9.2015

¹² <http://www.meteoprog.at/de/news/23301>, abgerufen am 27.11.2015

¹³ <http://www.adz.ro/artikel/artikel/hochwasser-in-suedrumaenien-ueberschattet-osterfest/>, abgerufen am 27.11.2015

¹⁴ Erklärung der Vorarlberger Städte vom 4.11.2015

gesamte Text der Erklärung suggeriert den LeserInnen, dass diese Familien so leben wollen, weil sie Roma sind und eben gerade nicht, weil sie keine andere Möglichkeit haben.

Wenn die BürgermeisterInnen und der Landeshauptmann jetzt betonen, nicht diskriminieren zu wollen, dann stellt sich die Frage, warum die erste und wichtigste Eigenschaft, mit der die obdachlosen Familien beschrieben werden, immer ihre ethnische Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma ist. Wenn es „unbestritten [ist], dass es sich hier um ein soziales Problem handelt“, warum machen die PolitikerInnen dann ein „Roma-Problem“ daraus? Die Maßnahmen gegen Zeltlager, die angekündigt werden, richten sich nach der Formulierung im Text ausschließlich gegen „Roma-Familien“. Was ist mit Familien anderer ethnischer Zugehörigkeit, die in Vorarlberg obdachlos sind? Maßnahmen und gesetzliche Regeln gelten für alle. Sie müssen von Seiten der Politik aber auch so formuliert werden. Maßnahmen und gesetzliche Regeln, die sich in der Begründung nur auf Zugehörige einer bestimmten Gruppe beziehen, sind diskriminierend.

Der Text der Erklärung und die Texte auf der Homepage der Stadt Dornbirn sollen legitimieren, dass keine Unterstützung angeboten wird. Es ist richtig, dass weder das Land noch die Städte oder Gemeinden dazu verpflichtet sind. Ob trotzdem Unterstützung geleistet wird, ist Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte. Der Text der Erklärung sowie die Texte auf der Homepage der Stadt Dornbirn verfolgen eindeutig das Ziel, die Bedürftigkeit der betroffenen Menschen in Frage zu stellen und mittels antiziganistischer Zuschreibungen, vor allem des Nicht-Arbeiten-Wollens, der mangelnden Hygiene und der nicht vorhandenen Integrationsbereitschaft sowie durch die permanente Betonung der ethnischen Zugehörigkeit zu den Roma eine ablehnende Einstellung gegenüber diesen Familien zu schaffen. Dadurch wird es erst möglich, dass die Vorarlberger Bevölkerung einen solchen Umgang mit armutsbetroffenen Familien akzeptiert.

Wenn man – so wie Pater Sporschill es fordert – einen Weg finden möchte, „miteinander zu leben“, dann sollte man darauf achten, dass Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden anstatt sie zu verstärken und der Vorarlberger Bevölkerung unnötig Angst zu machen.

Rückfragehinweis:

Mag.a Andrea Härle, andrea.haerle@romano-centro.org 01 749 63 36-14

Mag. Ferdinand Koller, ferdinand.koller@romano-centro.org 01 749 63 36-12